

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Januar 2011



Themen

Neue Rubrik | Unterausschuss Zivile Krisenprävention

01 | Referendum im Südsudan

02 | Mandatsverlängerung für Afghanistan

03 | Unterwegs im Wahlkreis

04 | Berlinfahrten in 2011

Liebe Grüne und Interessierte,

auch wenn das neue Jahr schon einige Tage alt ist, wünsche ich Euch auf diesem Wege **alles Gute für 2011**. Wir haben den Jahreswechsel dazu genutzt, dem Infobrief einen neuen Anstrich zu verpassen und hoffen, es gefällt Euch.

Ab morgen beginnt auch in Berlin wieder die parlamentarische Arbeit, deshalb kann ich leider nicht in Köln sein. Im Bundestag stehen uns zwei Sitzungswochen ins Haus. Wie ihr bestimmt aus der Presse entnommen habt, wird es auch wieder um die Verlängerung des **ISAF Mandates** in Afghanistan gehen. Für uns zentral: da immer noch kein Abzugsplan vorgelegt wird, wird die Fraktion mehrheitlich nicht zustimmen.

Ein anderes Thema, was in diesen Tagen sehr wichtig ist, ist das historische **Referendum im Sudan**: seit dem 9. Januar können die Südsudanesen darüber abstimmen, ob sie vom Norden unabhängig sein wollen. Einmalig in der Geschichte Afrikas! Schon am dritten Tag der Abstimmung wurde das erforderliche Quorum für das Referendum erreicht. Das ist ein großartiger Erfolg und unterstreicht den dringenden Wunsch der Sudanesischen und Sudanesen nach demokratischer Selbstbestimmung im Südsudan. Ich hoffe auf eine faire und transparente Auszählung der Stimmen. Und wenn die Süd Sudanesen die Unabhängigkeit wollen, muss das Regime im Norden das auch anerkennen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist meine Arbeit als stellvertretende Ausschussvorsitzende im **Unterausschuss ‚Zivile Krisenprävention‘** der auf meine Initiative hin eingerichtet wurde. Ich werde euch ab jetzt regelmäßig in einer eigenen Rubrik von meiner Arbeit dort berichten. Zum zehnten Jahrestag der Resolution 1325 lag unser Schwerpunkt im Unterausschuss auf dem Thema ‚Frauen – Frieden - Sicherheit‘. Auch bei

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

externen Veranstaltungen z.B. der Heinrich-Böll-Stiftung oder auch im Bundesfrauenrat haben wir uns intensiv mit dem Thema beschäftigt. Ein spannendes Wahljahr liegt vor uns und eins ist klar: 2011 wird noch GRÜNER als 2010. Seit der Bundestagswahlen in 2009 und den Landtagswahl im vergangenen Mai hat der Zuspruch stetig zugenommen, wie die konstanten Umfragewerte belegen.

Deshalb freue ich mich auf ein weiteres spannendes politisches Jahr mit sieben Landtagswahlen und lohnenden politischen Auseinandersetzungen.

Eure Kerstin Müller

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kerstin Müller', written in a cursive style.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

NEU! NEU!

Aktuelles aus dem Unterausschuss Zivile Krisenprävention

Seit der Verabschiedung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ unter der rot-grünen Regierung 2004 sind neue zivile Strukturen wie der Ressortkreis, der Beirat, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze oder der Zivile Friedensdienst entstanden. Dennoch hinkt die Umsetzung des Politikfeldes Zivile Krisenprävention als Querschnittsaufgabe deutscher Friedenspolitik den Erwartungen hinterher. Das Leitbild „Vorrang für Zivil“ ist in der praktischen Politik noch immer viel zu wenig sichtbar. Das zeigen der Krieg in Afghanistan oder die fortwährende Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo und dem Sudan / Darfur nur zu deutlich.

Mit der Einsetzung des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ des Deutschen Bundestages am 16. März 2010, der auf die Initiative der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen zurückgeht und dessen stellvertretende Vorsitzende Kerstin Müller ist, besteht jetzt die Chance, **ziviler Friedenspolitik einen neuen Impuls zu geben** und deren Umsetzung erfolgreicher als in den vergangenen 5 Jahren zu gestalten.

Mittlerweile hat die Arbeit des Unterausschusses Fahrt aufgenommen. Unter anderem gab es eine Anhörung und Beratungen zur wirksameren **Umsetzung des Aktionsplans**, zur **Sicherheitsratsresolution 1325, zum Sudan und der Demokratischen Republik Kongo**. Seinen regionalen Schwerpunkt hat der Unterausschuss auf Afrika gelegt. Bei der Vorbeugung, der Bearbeitung und Nachsorge von gewaltsamen Konflikten sind die UNO wie auch die EU hier besonders engagiert. Sein besonderes Interesse liegt darin, die langjährigen Erfahrungen in Afrika auf ihre *lessons learned* und *best practices* zu hinterfragen. Deshalb führte den Unterausschuss nach einer **ersten Visite bei der EU in Brüssel** im Juli 2010, die **zweite Reise nach Äthiopien, Ghana und Sierra Leone**. Ziel der Reise war es, sich einen Überblick über die Ansätze und die Instrumente zur Krisenprävention zu verschaffen und Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung der deutschen Präventionspolitik zu identifizieren. Besonders interessant waren die Erfahrungen des erfolgreichen Friedensaufbaus (Peacebuildings) der UNO in Sierra Leone. Diese könnten beispielhaft für den Umgang mit anderen Krisen wie im Sudan oder auch in Afghanistan sein.

|Die Ergebnisse dieser Reise habe ich in einem Bericht für Euch zusammengestellt, ebenfalls über meine Homepage abrufbar|

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Darüber hinaus haben wir begonnen durch regelmäßig abgehaltene „**Netzwerktreffen zur Zivilen Krisenprävention**“ und intensivere Zusammenarbeit mit dem Beirat Zivile Krisenprävention eine engere Zusammenarbeit mit den Institutionen Ziviler Krisenprävention, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu stärken.

Am 31. Oktober 2010 wurde die UN-Resolution 1325 „Frauen - Frieden – Sicherheit“ verabschiedet. Die Resolution ist ein **Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Friedens- und Sicherheitspolitik**. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde eine völkerrechtlich verbindliche Vorgabe zur Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen beschlossen.

Aufgrund des 10 jährigen Jubiläums und der großen Bedeutung des Themas für nachhaltige Friedensprozesse in Krisenländern wie dem Kongo, Sudan oder Afghanistan habe ich als stellvertretende Vorsitzende des neuen Unterausschusses Zivile Krisenprävention das Thema auch auf die Agenda des Unterausschusses gesetzt. Hier gab es am 13. Dezember 2010 auf meine Initiative hin eine **große öffentliche Anhörung**. Experten, wie **Monika Hauser von medica mondiale**, Trägerin des Alternativen Friedensnobelpreises berichteten über Fortschritte und Probleme bei der Umsetzung der Resolution.

Anlässlich des Jubiläums widmete sich auch das **zweite Grüne Netzwerktreffen Zivile Krisenprävention** dem Thema 1325. Hierbei sendete die Grüne Bundestagsfraktion ein klares Signal an Angela Merkel, endlich einen nationalen Aktionsplan für Deutschland auf den Weg zu bringen.

Nach dem Motto: Heute ist ein guter Tag... um von Frau Merkel einen **Aktionsplan** zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 zu fordern. Denn ohne Frauen sind Friedensverhandlungen und Konfliktprävention nur halb soviel wert. Ohne Frauen ist kein Frieden zu machen. Der 100. internationale Frauentag sollte uns ein Anlass sein, der Welt zu signalisieren, dass Deutschland es ernst meint.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Thema 01 | Referendum im Südsudan

Dieser Tage schreiben die Südsudanesinnen und -sudanesen afrikanische Geschichte. Am Sonntag (16. Januar) endete das einwöchige Referendum, das über die Teilung des Sudan in einen muslimischen Norden und einen christlichen Süden entscheidet. Erstmals stellen die Menschen in Afrika selbst durch eine demokratische Wahl die Weichen auf Unabhängigkeit und entscheiden über die Grenzen ihres Landes. Vielmehr könnte das Referendum jetzt die Tür für Frieden im Sudan öffnen und damit die Chance, dass die Menschen endlich einen der blutigsten Bürgerkriege Afrikas hinter sich lassen können, der Jahrzehnte dauerte, mehr als 2 Mio. Menschen das Leben kostete und 4 Mio. Menschen zu Flüchtlingen machte. Allerdings nur dann, wenn es nicht wieder zu Ausbruch von Gewalt, zu einem neuen Krieg zwischen Nord und Süd kommt.

Deutschland an die Spitze internationaler Unterstützer

Diese Tür eröffnet der Staatengemeinschaft die Möglichkeit mit Hilfe einer engagierten Präventionspolitik, einen weiteren gewalttätigen Konflikt dauerhaft zu verhindern und für Stabilität und Frieden im Sudan und am gesamten Horn von Afrika zu sorgen. Diese Chance darf die Bundesregierung nicht leichtfertig vertun, schon gar nicht als neues Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Ab Juli wird Deutschland sogar auf den Präsidentensitz der globalen Schaltzentrale für Frieden und Sicherheit aufrücken. In dieser Rolle hat die Bundesregierung die Verantwortung alles daran zu setzen, dass das Referendum nicht als die Geburtsstunde eines weiteren gescheiterten Staates am Horn von Afrika in die Geschichte eingeht, sondern als leuchtendes Beispiel erfolgreicher ziviler Friedenspolitik.

Die Bundesregierung muss sich deshalb im Sicherheitsrat und der EU mit an die Spitze der internationalen Unterstützer stellen neben den USA, Norwegen und Großbritannien, wenn sie Friedenspolitik im Sinne ziviler Krisenprävention aktiv mitgestalten will. Die internationale Unterstützung darf kein zweites Mal wie nach dem Friedensschluss 2005 ausbleiben. Denn bis zu einer wirklichen Unabhängigkeit, die nicht nur auf dem Papier Bestand hat, ist es noch ein steiniger Weg.

Konzept zum Friedenaufbau muss her

Der Südsudan kann als Staat nur mit langfristiger internationaler Unterstützung überleben. Die Menschen im Sudan verdienen Klarheit darüber, was auch Deutschland bereit ist, zu investieren, um den nachhaltigen Friedenaufbau, das Peacebuilding im Südsudan zu stützen.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Sie verdienen aber auch Klarheit darüber, wie Deutschland sich künftig mit dem Nordsudan stellen will angesichts der ungelösten Krise in der westsudanesischen Provinz Darfur und des Haftbefehls des internationalen Strafgerichtshofes gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir wegen Völkermordes in Darfur. Deshalb muss auch die Bundesregierung endlich ein konkretes Konzept auf den Tisch legen und es zügig umsetzen. Dazu haben wir die Bundesregierung schon im März 2010 mit dem interfraktionellen Antrag im Bundestag [\[LINK setzen\]](#) eindringlich aufgefordert. Und deshalb haben wir auch den Sudan zu einem zentralen Thema im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ gemacht.

Demokratisches Leuchtturmprojekt Südsudan

Die Bundesregierung muss jetzt den Südsudan intensiv beim Aufbau von Stabilität und Frieden unterstützen, damit er sich in Richtung Demokratie und Rechtsstaat entwickeln kann, der die Menschenrechte – vor allem Minderheiten- und Frauenrechten – umsetzt und es perspektivisch mehr Wohlstand für alle geben kann. Dazu sind Rechts- und Verwaltungsexperten, Polizei- und Militärausbilder, aber auch ein Auskommen für die vielen arbeitslosen, meist jungen ehemaligen Kämpfer sowie mehr Infrastruktur und mehr Wirtschaftszusammenarbeit nötig. Weiterhin ist aber auch humanitäre Hilfe unerlässlich für die vielen Heimkehrer aus dem Norden. Für eine koordinierte Umsetzung vor Ort ist eine UN-Mission zum Friedensaufbau unerlässlich. Die Bundesregierung muss sich daher in New York energisch dafür einsetzen, dass es ab dem 9. Juli, dem Tag der voraussichtlichen Unabhängigkeit, eine entsprechende Nachfolge-mission für die aktuelle Friedensmission UNMIS gibt und sie selbst einen bedeutenden Beitrag zu dieser Friedensmission leistet. Generell sollte beim Friedensaufbau des Südsudan und den Sudan insgesamt, die Auflage eines „Marschallplans Sudan“ diskutiert werden.

Frieden im Süden hängt vom Frieden im Norden ab

Der Frieden im Südsudan steht solange auf tönernen Füßen, solange es keine Einigung in der Frage des Grenzverlaufs zwischen Nord und Süd und die Zugehörigkeit der ölreichen Grenzregion Abyei gibt und solange es keine Klarheit über die Aufteilung der Öleinkünfte und der Staatsschulden hergestellt ist. Dabei sollte sie als Mitglied des Sicherheitsrates die Verhandlungen Afrikanischen Union nicht nur technisch unterstützen, sondern auch diplomatisch vor Ort.

Auch kann es keinen Frieden im Südsudan geben, wenn es keine Lösung der Krise im angrenzenden Darfur gibt. Gerade hierbei sollte Deutschland durch die Einrichtung eines Gesprächsforums Verhandlungsanreize für wichtige, bislang außenstehende Gruppen wie die Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden schaffen.

KERSTIN MÜLLER

infobrief.

Schließlich muss die Bundesregierung sich klar zum Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen Baschir bekennen. Sie darf dem Ende der internationalen Isolation des Regimes, d.h. einer Aufhebung der Sanktionen oder gar Entwicklungskooperation mit dem Norden erst zustimmen, wenn Baschir sich dem IStGH stellt und es endlich klare Fortschritte bei der Lösung der Darfur-Krise gibt.

*Auf meiner Homepage gibt es seit Freitag ein Themenspecial zum Referendum, auch mit Verweisen zu interessanten Artikeln z.B. von Volker Perthes in der Süddeutschen Zeitung oder Barack Obama im Tagesspiegel:
[Zum Themenspecial Sudan](#)*

Presse | zum Thema Sudan:

17.1.2010 [„Marshall-Plan“ für den Friedensaufbau erforderlich](#)

12.1.2011 [Weiterer Gewalt schnellstmöglich vorbeugen](#)

Thema 02 | Afghanistan

Am 12. Januar hat die Bundesregierung das neue **Afghanistan-Mandat** beschlossen. Schwarz-Gelb behauptet, dass die BR noch in diesem Jahr mit dem Abzug aus Afghanistan beginnen will. Doch wenn man sich den Mandatstext genauer ansieht, so gibt er dies nicht wieder.

Im Gegenteil: Die von der Bundesregierung gewählte Formulierung ist windelweich: Ende 2011 will sie die Truppen vielleicht reduzieren, soweit die Lage dies erlaubt. Das ist kein konkreter Abzugsplan, den wir von der Bundesregierung fordern. Sie drückt sich hier weiter um ein **konkretes Abzugsdatum** herum, während Schweden, Polen und Italien bereits konkrete Abzugspläne bis 2014 beschlossen haben.

Dies ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Sie muss endlich einen **konkreten Abzugsplan** sowie ein Konzept für eine auf Dauer angelegte **Aufbaustrategie** vorlegen. Deshalb wird sich die Bundestagsfraktion voraussichtlich mehrheitlich bei der Verlängerung des Afghanistan-Mandats enthalten.

Wenn die Abstimmung nächste Woche gelaufen ist, erfahrt ihr die Details **aktuell auf meiner Homepage**.

KERSTIN MÜLLER infobrief.

Thema 04 | Unterwegs im Wahlkreis

Grünes Kino in Köln

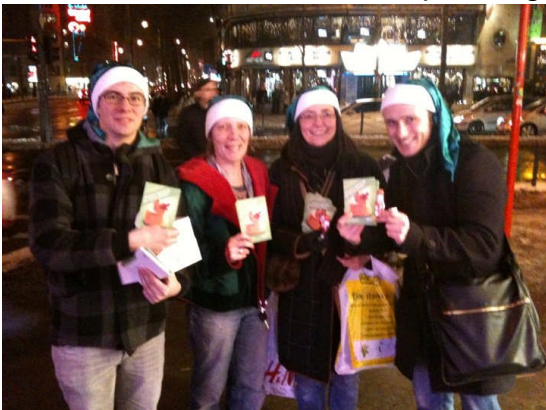
Im November fand in Zusammenarbeit mit Arndt Klocke in der Filmpalette das Sonder-Screening des preisgekrönten Film von Regisseur Cyrus



Nowrasteh „**The Stoning of Soraya M.**“, der schonungslos die Steinigung von Frauen weltweit anklagt. Der Film, der bis heute keinen deutschen Verleih gefunden hat, war Anlass für eine anschließende Diskussion über Menschenrechte und internationale Verantwortung, bei der wir auch die Menschenrechtlerin Mina Ahadi und den iranischen Exilpolitiker und Dr. Mehran Barati zu Gast hatten.

Weihnachtsmarktaktion ‚sicheres Kinderspielzeug‘

Die WeihnachtsmarktbesucherInnen auf dem Rudolfplatz staunten nicht schlecht, als ihnen kurz vor Weihnachten von den Grünen einen fair gehandelten Schoko-Weihnachtsmann und eine Info über gefährliche Weichmacher in Kinderspielzeug überreicht wurden. Der Landesvorsitzende



zende **Sven Lehmann**, die Abgeordnete **Kerstin Müller** und das Vorstandsmitglied **David Jakobs** hätten gut und gerne das Dreifache an Material ausgeben können. Der Glühwein danach war dann auch die richtige Einstimmung für das Weihnachtsessen im ‚Guten Abend‘ direkt um die Ecke auf der Brüsseler Straße, an dem auch einige Neumitglieder teilnahmen. Ein rundum gelungener Abend!

Thema 05 | Berlinfahrten in 2011

Die Novemberfahrt für Neumitglieder war ein voller Erfolg. Auch 2011 lade ich wieder nach Berlin ein. Die Termine sind vom 3.-6. Mai und vom 25.-28. Oktober 2011. Wenn Ihr Interesse an einer **Fahrt ins politische Berlin** habt, wendet Euch bitte an meine Mitarbeiterin Judith Hasselmann. Erfahrungsgemäß gibt es großes Interesse an den Plätzen.

Kontakt Wahlkreisbüro: kerstin.mueller@wk.bundestag.de oder telefonisch von 10.00h-15.00h unter 0221-7220369